



Nach der Wahl ist vor der Wahl:

Die neuen Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress
und was sie mit Blick auf 2012 bedeuten

NIELS ANNEN
Februar 2011

- Trotz verlorener Zwischenwahl und einer neuen Mehrheit im US-Repräsentantenhaus hat Präsident Obama Handlungsfähigkeit bewiesen und in der »lame duck«-Phase noch für die Demokraten zentrale Gesetzesvorhaben verabschiedet.
- Obama hat zu seinem 2008 erfolgreichen überparteilichen Diskurs zurückgefunden. Vor allem mit der Rede zur Lage der Nation hat er die politische Mitte für die Demokraten zurückerobert können.
- Bis zur Wahl 2012 wird es für die Demokraten und Obama darauf ankommen, die unabhängigen Wähler für sich zu gewinnen, ohne die liberale Parteibasis zu verlieren. Ein großer Unsicherheitsfaktor mit Blick auf 2012 ist und bleibt dabei die wirtschaftliche Entwicklung.
- Auch die Republikaner müssen sich an neue Gegebenheiten anpassen. Mit der politisch kompromisslos agierenden Tea Party-Bewegung, die mit vielen neuen Abgeordneten im Kongress vertreten ist, steht der Partei ein Konflikt über die eigene Strategie bevor. Dieser wird auch in den Nominierungsprozess um den republikanischen Präsidentschaftskandidaten hineinreichen.

Für Präsident Obama ist ein schwieriges Jahr zu Ende gegangen. Nach der Niederlage seiner Demokratischen Partei musste sich das Weiße Haus auf veränderte politische Rahmenbedingungen einstellen. Die Republikanische Partei, die seit Januar mit einer gestärkten Fraktion im Senat und mit einer komfortablen Mehrheit im Repräsentantenhaus agiert, lässt bereits ihre Muskeln spielen. Doch nicht nur die Demokraten müssen sich in dieser neuen Situation zurechtfinden, auch die Republikaner, die eine turbulente Vorwahlsaison hinter sich und die Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten vor sich haben, stehen vor wichtigen strategischen Entscheidungen.

»Lame Duck«

Nach der allseits erwarteten Niederlage bei den Zwischenwahlen im November 2010, hat sich das Weiße Haus erstaunlich schnell auf die neue politische Großwetterlage eingestellt. Während im Vorfeld viele Kommentatoren Zweifel an Obamas Fähigkeiten angemeldet hatten, wie Bill Clinton in vergleichbarer Lage 1995 die politische Initiative zurückgewinnen zu können, bewies der Präsident Handlungsfähigkeit. In seiner letzten, der »lame duck«-Sitzung, beschloss der 111. US-Kongress drei für die Demokraten zentrale Vorhaben: Die Aufhebung der Diskriminierung von Homosexuellen in der Armee (*»Don't Ask Don't Tell«*), die Ratifizierung des START-Abkommens mit Russland und die Verlängerung der Arbeitslosenhilfe. All diese Vorhaben konnten nur mit Unterstützung der Republikaner durchgesetzt werden, die im Senat auf eine Blockade verzichteten. Voraussetzung für Obamas furiose *Jahresendralleye* war allerdings ein Deal mit der Opposition, im Gegenzug die noch von Präsident George W. Bush durchgesetzten milliardenschweren Steuererleichterungen für Amerikas Superreiche um weitere zwei Jahre zu verlängern. Ein Zugeständnis, für das Obama mit der Verstimmung seiner linksliberalen Basis bezahlen musste. Doch so überzeugend die Argumente von Obamas Kritikern auch gewesen sein mögen, den Umfragen zufolge hat sich diese Absprache mit dem neuen Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner, politisch ausgezahlt: In den meisten Umfragen liegt die Zustimmung für den Präsidenten inzwischen wieder bei circa 50 Prozent. Gleichzeitig gab das Agieren des Präsidenten während der »lame duck-Sitzung« einen Ausblick auf Obamas Strategie für die Wahl im Jahr 2012.

Tuscon

Barack Obama ist 2008 mit großer Unterstützung der unabhängigen Wähler Präsident geworden, die sich besonders von seinem Appell zur Überparteilichkeit angesprochen gefühlt hatten. Die republikanische Strategie bestand bis dato darin, sich konsequent allen Initiativen des Präsidenten zu verweigern und Obama als einen radikalen, links von der Mitte stehenden Politiker zu karikieren. Damit ist es ihnen gelungen, ihre eigene Basis zu mobilisieren, eine wichtige Voraussetzung für den überzeugenden Wahlsieg im November 2010. Doch erstaunlicherweise hat sich mit dem *Erdbebensieg* der Republikaner das politische Momentum zunächst zugunsten der Demokraten verschoben. Die Dauerpräsenz der *Tea Party* in den Medien ist mit dem Ende des Wahlkampfs deutlich zurückgegangen und die zurückhaltende Reaktion des Präsidenten auf die Niederlage seiner Partei wurde in der Öffentlichkeit gut aufgenommen. Entscheidend scheint aber die Tatsache zu sein, dass Obama zurück zu seinem überparteilichen Diskurs findet. Das erschütternde Massaker in Tuscon, Arizona, bei dem sechs Menschen von einem Amokläufer getötet wurden und die demokratische Abgeordnete Gabrielle Giffords schwer verletzt wurde, hat zudem – zumindest kurzfristig – das politische Klima verändert. Obamas Trauerrede in Tuscon, bei der er auf Schuldzuweisungen verzichtete und die Zusammengehörigkeit der Nation beschwor, hat einen (neuen) Ton gesetzt, dem sich die Republikaner nur schwer entziehen können.

»The King's Speech«

Dieser nachdenkliche Grundton durchzog auch Obamas zweite Rede zur Lage der Nation, eine Rede, welche selbst die härtesten Kritiker des Präsidenten inzwischen als politischen Triumph bezeichnen. »*The King's speech*« titelte die am ehesten mit der *Bild-Zeitung* vergleichbare *New York Post* am Tag nach der Ansprache. Und in der Tat ist dem Präsidenten ein kleines Kunststück gelungen: Obama legte in dieser Rede eine für einen amerikanischen Präsidenten ungewöhnlich schonungslose Analyse der Lage der Nation vor. Und die ist, entgegen der formelhaft vorgetragenen gegenteiligen Behauptung, keineswegs »*strong*«. Die Infrastruktur ist in einem bejammernswerten Zustand, in der Schulbildung hinkt Amerika hinterher und bei den erneuerbaren Energien liegen Europa und inzwischen auch China vor den USA.

Zudem lastet eine täglich steigende Schuldenlast auf dem Budget des Bundes, was langfristig die Handlungsfähigkeit der USA einzuschränken droht. Dass China inzwischen fast die Hälfte der amerikanischen Schuldtitel hält, inspiriert zudem Untergangsapologeten aller Couleur. Diese Missstände zur besten Sendezeit vorzutragen, ohne dabei wie Jimmy Carter mit seiner berühmten »*malaise*«-Rede in die Falle des Pessimisten zu tappen, hat Obama mit einem rethorischen Kunstgriff erreicht, indem er die heutige Lage als den »Sputnik-Moment unserer Generation« bezeichnete. Mit dieser Anleihe an die glorifizierten Jahre, in denen John F. Kennedy den »Sowjets« die Stirn bot, hat Obama erfolgreich an das Narrativ des amerikanischen Traums – und Erfolgs – angeknüpft. Der Gegner für die heutige »Sputnik-Generation«, soviel scheint festzustehen, ist indes nicht mehr Russland, sondern China, welches die USA bezüglich Investitionen, Forschung, Entwicklung und erneuerbarer Energien bereits überholt hat. So ganz ohne Gegner – oder, wie John Judis von *The New Republic* schreibt, ohne »*economic nationalism*« – geht es eben auch bei Barack Obama nicht. Dennoch war seine Rede weit mehr als nur ein Appell an die amerikanische Seele und Leistungsbereitschaft. Der Präsident hat eine Reihe von konkreten Vorschlägen unterbreitet, die milliardenschwere Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur vorsehen. Und nachdem, aufgrund der Debatte um die Gesundheitsreform, auch aus dem Weißen Haus nicht mehr viel über Klimapolitik zu vernehmen war, hat Obama nun mit dem ambitionierten Ziel, bis zum Jahr 2035 85 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu bestreiten, der Diskussion einen neuen Impuls gegeben.

Ausblick auf 2012

Obama hat, wie die linke Fernsehmoderatorin Rachel Maddow anmerkte, mit seiner »*State of the Union*« die politische Mitte für die Demokraten zurückerobert, ohne selbst dabei weiter nach rechts zu rücken, wie Bill Clinton dies nach seiner Wahlniederlage 1995 getan hat. Insbesondere im linken Flügel der Demokraten sind allerdings auch weiterhin herbe Kritik und Sorgen darüber zu hören, dass Obama das radikale Programm der Republikaner nicht aggressiv genug angehe und wider besseres Wissen auf Gemeinsamkeiten mit einer Opposition setze, die ihrerseits keinerlei Interesse an Kompromissen habe.

Für das Weiße Haus wird es in den nächsten Monaten darauf ankommen, den Zuspruch für den Präsidenten bei den unabhängigen Wählern zurückzugewinnen, ohne dabei die eigene Basis vor den Kopf zu stoßen. Die amerikanische Geschichte zeigt unter anderem am Beispiel von Ted Kennedy und Jimmy Carter, dass eine innerparteiliche Gegenkandidatur einem Präsidenten durchaus die Wiederwahl verhaseln kann. Für Obama ist es daher ein gutes Zeichen, dass potenzielle Bewerber wie der ehemalige Gouverneur von Vermont, Howard Dean, oder Russ Feingold aus Minnesota, der im November seinen Senatssitz an einen Republikaner verloren hat, eine Kandidatur ausgeschlossen haben. Die von den Medien harsch kritisierte Wiederwahl der ehemaligen Parlamentspräsidentin Nancy Pelosi als Fraktionsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus kann sich daher noch als eine kluge Entscheidung für die Wahlchancen von Barack Obama erweisen, denn kaum eine Persönlichkeit verfügt über soviel Rückhalt bei progressiven Wählern wie Nancy Pelosi, die von den Republikanern im November zur Hassfigur Nummer eins stilisiert worden war.

Der wichtigste Faktor im anlaufenden Wahlkampf aber bleibt die wirtschaftliche Erholung. Nach einer konstant hohen Arbeitslosigkeit von über neun Prozent, macht sich im Weißen Haus zunehmend Optimismus breit und viele Experten gehen inzwischen davon aus, dass die Arbeitslosenquote bis zum Wahljahr 2012 auf unter acht Prozent sinken könnte. Der Verweis auf eine sich langsam erholende Wirtschaft könnte somit zu einem der wichtigsten Argumente des Präsidenten im Wahlkampf werden.

Die Optionen der Republikaner

Mit 67 neuen Mitgliedern dominierten die neu gewählten Republikaner das Einführungsseminar für die »*freshmen*«, die neu gewählten Abgeordneten. Doch trotz der Bilder von jungen und tatkräftigen republikanischen Abgeordneten, die landesweit über die Bildschirme flackerten, dürfte sich die Begeisterung des neuen Parlamentspräsidenten (*Speaker of the House*) John Boehner über seinen »Nachwuchs« in Grenzen halten. Denn viele dieser neuen Kollegen haben den Weg nach Washington nur nach harten parteiinternen Auseinandersetzungen gefunden und dabei nicht selten mit Hilfe der *Tea Party* alteingesessene Abgeordnete beiseite geschoben. Eines

der Hauptargumente dieser neuen Abgeordneten war stets, dass die Führung der *Republikanischen Partei* zu bürokratisch agiere und zu kompromissbereit sei – eine Kritik, die John Boehner durchaus auch auf sich selbst beziehen durfte. Auseinandersetzungen über die Führungsspitze der Partei, aber auch die Tatsache, dass neben der offiziellen Antwort der Republikaner auf Obamas Rede zur Lage der Nation, für die der Abgeordnete Paul Ryan ausgewählt worden war, auch noch die Abgeordnete Bachmann im Namen der *Tea Party* vor die Kameras trat, zeigt bereits, dass den Republikanern hier ein größerer Konflikt über die richtige Strategie droht.

Die kompromisslose Strategie der Republikaner, die einzig und allein darauf ausgerichtet war, dem Präsidenten keinen Erfolg zu verschaffen und alle Initiativen von Obama zu blockieren, stellte daher auch den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Opposition dar. Zweifelhaft aber ist, ob dieser gemeinsame Nenner auf Dauer tragen wird, denn natürlich haben die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen auch Erwartungen geweckt, die nun befriedigt werden wollen. Zudem ist davon auszugehen, dass *Speaker* Boehner auch an seinen eigenen Platz in den Geschichtsbüchern denken wird, zumal ohne seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Obama keine der in der »*lame duck*«-Sitzung verabschiedeten Gesetze die erforderliche Hürde genommen hätte.

Doch bei aller Euphorie über die neue Stärke im Kongress werden die Abgeordneten nicht notwendigerweise die Hauptrolle in der republikanischen Inszenierung spielen, denn spätestens mit dem Beginn der Vorwahlen für die republikanische Präsidentschaftskandidatur wird sich der Fokus auf die Reihe der potenziellen Kandidaten richten – und die sitzen nicht notwendigerweise im Kongress. So werden Ausflüge von republikanischem Spitzenpersonal in die Staaten mit frühen Vorwahlen, wie Iowa und New Hampshire, schon jetzt aufmerksam verfolgt und es ist davon auszugehen, dass Spekulationen über präsidentielle Ambitionen in den nächsten Monaten Amerikas 24-Stunden-Nachrichtensender beschäftigen werden. Auch wenn Namen wie der des ehemaligen Gouverneurs von Massachusetts, Mitt Romney, Indianas Gouverneur Mitch Daniels sowie Ex-*Speaker* Newt Gingrich oder Ex-Kandidat Mike Huckabee bereits seit Längerem im Gespräch sind, ist es noch zu früh, eine Prognose über mögliche Favoriten abzugeben.

Deutlich ist aber schon jetzt, dass sich die Machtverhältnisse innerhalb der Republikanischen Partei verschoben haben. Die *Tea Party* ist spätestens seit den Zwischenwahlen zu einem bestimmenden Faktor innerhalb der *Grand Old Party* (GOP) geworden, die den Ausgang des Nominierungsprozesses nachhaltig mit beeinflussen wird. Das gilt insbesondere für John McCains ehemalige Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin, die mit ihrer medialen Dauerpräsenz und einem gut finanzierten *Political Action Committee* bereits nachhaltigen Einfluss auf die *Primaries* genommen hat. Selbst wenn sich letztendlich ein eher moderater Kandidat wie Mitt Romney oder der jüngst von seinem Amt als US-Botschafter in China zurückgetretene John Huntsman durchsetzen sollte, wird dieser kaum eine Mehrheit ohne programmatische Zugeständnisse an den rechten Rand der Partei zusammenbringen.

Die Tatsache, dass sich Karl Rove, der als ehemaliger Chefberater und *mastermind* von George W. Bush die Strategie der GOP in den letzten acht Jahren maßgeblich mitbestimmt hat, öffentlich gegen einzelne Kandidaten der *Tea Party* positioniert, zeigt aber auch, dass der radikale Kurs innerhalb der Partei nicht unumstritten ist. Dass jemand wie der Bush-Mann Rove dabei inzwischen als moderat gilt, mag zu denken geben.

Der Wahlsieg im November hat zudem nicht nur viele neue Abgeordnete in den Kongress nach Washington gebracht, sondern den Republikanern auch neue Mehrheiten in den Landesparlamenten beschert. Ein Faktor, der die Wahl durchaus beeinflussen kann, da die Wahlkreise von den Bundesstaaten zugeschnitten werden. Dieses so genannte *redistricting*, das nach der im letzten Jahr erfolgten Volkszählung in allen Bundesstaaten stattfinden muss, ist über die vergangenen Jahre zu einer hoch entwickelten Wissenschaft weiterentwickelt worden, mit dem Ziel, möglichst viele »sichere« Wahlkreise für die eigene Partei zuzuschneiden. Die Landesparlamente prägen somit langfristig die Wahlaussichten auf der Bundesebene. Aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse ist das ein Vorteil für die Opposition.

Dennoch sind die Aussichten für die Republikaner, Präsident Obama 2012 erfolgreich herauszufordern, nicht besonders vielversprechend. Selbst nach einer Umfrage des konservativen TV-Senders *Fox News* würde Barack Obama alle bisher ins Spiel gebrachten republikanischen Kandidaten schlagen (darunter auch Immobilien-



Milliardär Donald Trump). Doch bis zur Wahl ist es noch eine lange Wegstrecke und ein erneuter Einbruch der Wirtschaft kann die Stimmungslage schnell wieder umkehren.



Über den Autor

Niels Annen ist Non-Resident Fellow des German Marshall Fund of the United States. Er ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und war von 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2001 bis 2004 war er Bundesvorsitzender der Jusos.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil> | <http://www.fesdc.org>

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005
Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org | <http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Sichtweisen entsprechen nicht zwangsläufig denen der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die der Autor tätig ist.